

II-6439 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

97.111/368-SL III/92

Wien, am 26. Juni 1992

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz Fischer
Parlament
1017 W i e n

2832 IAB
1992 -06- 30
zu 2971 IJ

Die Abgeordneten Dr. Partik-Pable, Haigermoser haben am 14. Mai 1992 unter der Zahl 2971/J-NR/92 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "die Einwanderung nach Österreich" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wieviele Fremde halten sich nach aktuellen Schätzungen in Österreich auf?
2. Wie hoch wird die Zahl der Ausländer geschätzt, die im vergangenen Jahr nach Österreich eingewandert sind?
3. a) Wieviele Asylwerber befinden sich derzeit in Österreich?
b) In welchen Quartieren sind diese Asylwerber untergebracht?
c) Wieviele der genannten Asylwerber stehen derzeit in Bundesbetreuung?
d) Wieviele Asylanträge (aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit) wurden von 1991 bis Ende März 1992 gestellt?
e) Wieviele der in diesem Zeitraum gestellten Asylanträge wurden bewilligt?
f) Welche Maßnahmen werden hinsichtlich jener Asylwerber gesetzt, deren Antrag nicht genehmigt wurde?
g) Wieviele Asylverfahren (aufgeschlüsselt nach der Nationa-

- 2 -

- lität der Antragsteller) sind derzeit noch nicht abgeschlossen?
- h) Wurden seitens Ihres Ressorts auch Rückführungen von Asylwerbern durchgeführt?
 - i) Wenn ja: Wieviele Rückführungen sind auf welche Weise in welche Staaten erfolgt?
4. a) Gegen wieviele Fremde (aufgeschlüsselt nach Staatsangehörigkeit) wurde im genannten Zeitraum ein Aufenthaltsverbot verhängt?
- b) Wieviele dieser Personen wurden letztlich abgeschoben?
 - c) In welche Länder wurden diese Personen abgeschoben?
 - d) Welche Maßnahmen wurden in bezug auf jene Fremde ergriffen, die trotz eines Aufenthaltsverbotes nicht abgeschoben wurden?
 - e) Sind in diesem Zeitraum auch Personen nicht abgeschoben worden, weil sie aktiven Widerstand leisteten und, wenn ja, wieviele Personen waren dies bzw. welche Maßnahmen wurden in diesem Zusammenhang ergriffen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Derzeit gibt es noch kein zentrales Melderegister, sodaß für ganz Österreich keine exakten Angaben auf dieser Grundlage möglich sind. Exakte Angaben auf der Basis des Meldewesens sind nur für Wien möglich, wo mit Stand vom 1. Jänner 1992 280.811 Fremde gemeldet waren.

Nach den veröffentlichten Angaben des Statistischen Zentralamtes befanden sich zum genannten Zeitpunkt 542.000 Fremde in Österreich.

- 3 -

Zu Frage 2:

Hier sind ebenfalls keine exakten Angaben, sondern auf Grund verschiedener Statistiken nur Rückschlüsse möglich:

Im Jahr 1991 wurden 16.983 unbefristete Sichtvermerke bzw. Einwanderungsgenehmigungen erteilt.

Im Jahresdurchschnitt 1990 waren in Österreich 217.611 Ausländer beschäftigt, im Jahresdurchschnitt 1991 266.461, das bedeutet gegenüber 1990 eine Steigerung um 22,4 % oder 48.850 absolut.

Nach den Schätzungen des Statistischen Zentralamtes betrug die Netto-Zuwanderung von Fremden im Jahr 1991 64.000 Personen.

Zu Frage 3:

- a) Mit Ende Mai 1992 haben sich in Österreich circa 22.000 Personen als Asylwerber aufgehalten.
- b) Sofern sie in Bundesbetreuung sind, sind die Asylwerber in den Flüchtlingsbetreuungsstellen des Bundesministeriums für Inneres Traiskirchen (NÖ), Reichenau (NÖ), Mödling-Vorderbrühl (NÖ), Bad Kreuzen (OÖ), Thalham im Attergau (OÖ), sowie - und zwar zu mehr als 90 % - in 308 mit dem Bund unter Vertrag stehenden Pensionen und Gasthöfen untergebracht. Von den Letzteren entfallen auf die einzelnen Bundesländer:

Burgenland:	23
Kärnten:	11
Niederösterreich:	117
Oberösterreich:	52
Salzburg:	7
Steiermark:	76
Tirol:	3
Vorarlberg:	1
Wien:	18

- 4 -

- c) Mit Stichtag 15. Juni 1992 standen 12.013 Asylwerber in Bundesbetreuung.
- d) In der Zeit vom 1. Jänner 1991 bis 31. März 1992 haben insgesamt 33.397 Personen Anträge auf Asylgewährung gestellt. Diese Asylwerber stammten aus nachstehend angeführten Staaten:

Albanien	1.153	Kambodscha	11
Bulgarien	1.441	Kamerun	2
CSFR	17	Kolumbien	2
GUS	606	Kuba	6
StA. der ehem. SFRJ	8.585	Kuwait	8
Kroatien	3	Libanon	144
Polen	20	Liberia	24
Rumänien	9.245	Libyen	1
Ungarn	6	Mali	23
Staatenlose	5	Marokko	5
Afghanistan	88	Mauretanien	3
Ägypten	15	Mongolei	21
Algerien	11	Niederlande	1
Angola	45	Niger	4
Äthiopien	32	Nigeria	1.299
Bangladesch	760	Pakistan	1.459
Burkina Faso	1	Peru	2
Chile	9	Philippinen	3
China	72	Senegal	9
Deutschland	1	Somalia	74
Elfenbeinküste	9	Sri Lanka	499
Finnland	1	Südafrika	3
Gambia	12	Sudan	6
Ghana	687	Syrien	76
Guinea	25	Togo	4
Haiti	1	Tschad	5
Indien	429	Tunesien	10
Irak	1.320	Türkei	2.720

- 5 -

Iran	1.859	Uganda	6
Israel	3	Ungeklärte	83
Jamaika	2	USA	1
Jemen	2	Vietnam	326
Jordanien	33	Zaire	59

e) Von Jänner 1991 bis einschließlich März 1992 wurden insgesamt 3.185 Asylanträge positiv abgeschlossen, hievon 2.469 im Jahr 1991 und 716 bis einschließlich März 1992.

f) Nach der bis 1. Juni 1992 geltenden Rechtslage wurde jenen Asylwerbern, die eine legale Beschäftigung sowie eine angemessene Unterkunft nachweisen konnten, auch nach negativem Abschluß des Asylverfahrens der weitere Aufenthalt gestattet.

Konnten diese Nachweise nicht erbracht werden, wurden grundsätzlich die entsprechenden fremdenpolizeilichen Maßnahmen, wie die Erlassung von Ausweisungsbescheiden oder von Aufenthaltsverboten und gegebenenfalls die Verhängung der Schubhaft zur Sicherung der Abschiebung verfügt.

g) Ende Mai 1992 waren rund 15.700 Asylverfahren in zweiter Instanz anhängig. Etwa 5.000 davon beziehen sich auf Anträge aus dem laufenden Jahr. Die derzeit offenen Verfahren betreffen Staatsangehörige der nachstehend angeführten Länder:

Albanien	365
Bulgarien	752
GUS	294
StA der früheren SFRJ	3.714
Rumänien	4.283
Afghanistan	52
Ägypten	9
Angola	47
Äthiopien	53

- 6 -

Bangladesh	163
Brasilien	1
China	23
Elfenbeinküste	3
Gambia	8
Ghana	524
Guinea	15
Haiti	1
Indien	89
Irak	337
Iran	1.628
Israel	2
Jemen	1
Jordanien	15
Kambodscha	26
Kuba	1
Libanon	185
Liberia	11
Mali	15
Marokko	2
Mauretanien	2
Mongolei	6
Niger	7
Nigeria	474
Pakistan	397
Philippinen	1
Sambia	1
Senegal	1
Somalia	92
Sri Lanka	104
Sudan	4
Südafrika	2
Syrien	116
Togo	5
Tunesien	2
Türkei	1.495
Tschad	3

- 7 -

Vietnam	313
Zaire	28

Über "offene" Verfahren in erster Instanz wird keine Statistik geführt, da sich deren Zahl täglich entweder durch Erhebung von Rechtsmitteln oder durch ungenutztes Verstreichen der Rechtsmittelfrist ändert.

h) Ja.

Das Bundesministerium für Inneres hat seinerzeit gezielt Maßnahmen zur freiwilligen Rückkehr tschechischer Asylwerber gesetzt, die sehr erfolgreich waren. Weiters wurden gemeinsam mit IDM chilenische Flüchtlinge rückgeführt.

Das Bundesministerium für Inneres unterstützt die karitativen Organisationen bei freiwilliger Rückkehr von Asylwerbern durch Refundierung der Rückreisekosten. Weiters werden rumänische Asylwerber über aktuelle Förderungsprojekte in Rumänien informiert.

i) Auf die Beantwortung der Frage 4 wird verwiesen, da zwangsweise Rückführungen von Asylwerbern ausschließlich im Rahmen der Möglichkeiten des Fremdenpolizeigesetzes erfolgen.

Zu Frage 4:

a) Von Jänner 1991 bis einschließlich März 1992 wurden gegen 11.991 Fremde Aufenthaltsverbote verhängt, davon im Jahr 1991 9.766, und von Jänner 1992 bis einschließlich März 1992 2.225.

Eine Aufschlüsselung nach Staatsangehörigkeit liegt nicht vor.

b) Von Jänner 1991 bis einschließlich März 1992 wurden 11.331 Personen abgeschoben, davon im Jahre 1991 9.607 Personen

- 8 -

und von Jänner 1992 bis einschließlich März 1992 1.724 Personen.

- c) Grundsätzlich erfolgen - im Gegensatz zu Zurückschiebungen gemäß § 10 FrPG - Abschiebungen gemäß § 13 FrPG in den Heimatstaat.
- d) Fremden, die trotz eines Aufenthaltsverbotes nicht abgeschoben wurden, wurde bei Vorliegen von triftigen Gründen ein Aufschub der Vollstreckung des Aufenthaltsverbotes gemäß § 6 Abs. 2 FrPG gewährt.
- e) Es gab im Berichtszeitraum statistisch nicht erfaßte Einzelfälle, bei denen Fremde bei der Abschiebung auf dem Luftweg im Flugzeug vor dem Start randalierten, sodaß sich der Kapitän des Luftfahrzeuges weigerte, diese Personen zu befördern. In diesen Fällen konnten aber vielfach neue Flugtermine vereinbart und die betreffenden Personen letztlich doch mit entsprechender Begleitung oder aber auf dem Landweg abgeschoben werden.

Franz Ge